

## **Interkulturelle Zentren Köln**

**Facharbeitskreis am 10.9.2014 im Internationalen  
Caritaszentrum Köln-Sülz**



**An:**

**LIGA der Wohlfahrtsverbände**

**Fachpolitische Sprecher Integration, Jugend, Soziales im Rat  
der Stadt Köln**

**Fachkräfte der Migrations- und Jugendsozialarbeit**

**Köln, 15.9.2014**

### **Integration und Inklusion in der Kommunalwahl Köln 2014**

#### **Anmerkungen zu den Wahlprüfsteinen der LIGA und den Stellungnahmen der Parteien**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Facharbeitskreises möchten wir uns bei der LIGA der Wohlfahrtsverbände und den mitwirkenden Parteien für die Diskussion von Wahlprüfsteinen zur Arbeit der interkulturellen Zentren anlässlich der Kommunalwahl 2014 bedanken. Die Anerkennung und Würdigung des Konzepts offener und unabhängiger Zentren durch die Kommunalpolitik gibt den Adressaten eine würdige Stimme. Wegweisend erscheint uns, dass die Ziele der interkulturellen Arbeit zunehmend in ihrer Wechselwirkung mit der kommunalen Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik gesehen werden.

Die Praxis der Zentren ist tatsächlich von solchen strukturellen Aufgaben geprägt. Sie müssen sehr unterschiedliche, teils gegensätzliche Maßnahmen – Sozialberatung für Neuzuwanderer, länger ansässige Arbeitsmigranten, Aussiedler und Flüchtlinge, kompensatorische, therapeutische und offene erzieherische Hilfen für Kinder und Jugendliche, Berufsförderung und politische Aufklärung gegen Fremdenfeindlichkeit - sinnvoll in Treffpunkten zusammenführen, erproben und umgestalten. Die soziale „Erdung“ in Zentren ermöglicht eine neue Qualität kommunaler Maßnahmen. Sie sensibilisiert für die vielfältigen Lebenslagen und wirkt im Sinne von Mitsprache und Einfluss oder „empowerment“ der Teilnehmer.

Dass diese strukturellen Themen auch jenseits der fachwissenschaftlichen Diskussion angesprochen werden, erleichtert den nötigen Dialog zu einem sozialen Diversity-Konzept und die Weiterentwicklung des interkulturellen Maßnahmenprogramms.

Wir möchten diesen Prozess gerne unterstützen, indem wir einige Hinweise auf neue Bedarfslagen und strukturelle Aufgaben aus Sicht der Zentren geben. Die kommunalen Aufgaben werden auch in der Öffentlichkeit besser verstanden, wenn Dialog und Wettbewerb der Konzepte offen und verständlich ausgetragen werden. Dazu mögen die beiliegenden Anmerkungen dienen.

Wir würden uns freuen und laden herzlich dazu ein, das nun begonnene Gespräch auf Augenhöhe fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Arbeitskreis



Ute Gau

Fiz e.V.

gez. Walburga Schürmann

DTVK e.V.



Wolfgang Zschke

Nippes Museum

Antwortadresse:

Interkulturelle Zentren Köln  
Facharbeitskreis  
c/o  
Nippes Museum  
Kempener Str. 95  
50733 Köln  
0221 727275  
Nippes.museum@web.de

## **Anmerkungen zur Diskussion über die Wahlprüfsteine der LIGA**

### **Integration und Inklusion Köln 2014**

#### **Arbeitskreis der Interkulturellen Zentren Köln am 10.9.2014**

##### **1. Strukturelle Aufgaben unterstützen**

Die Diskussion über die Wahlprüfsteine der LIGA zeigt, dass die interkulturellen Zentren in Köln anerkannt sind. Erfreulich ist das Versprechen einer finanziellen Absicherung für die Zukunft. Auch das fachliche Konzept offener Zentrenarbeit wird bestätigt, komplexe Aufgaben, wie z.B. die Sensibilisierung für diverse Lebenslagen, die interkulturelle Öffnung von Jugendhilfe und Schule, Partizipation und Abbau von Fremdenfeindlichkeit werden als strukturelle Aufgaben erkannt.

##### **2. Konsequenzen für Planung und Legitimation von Diversity**

Integration kann nicht mehr als Addition von teils widersprüchlichen Einzelmaßnahmen konzipiert werden. Es müssen auch komplexe Ziele formuliert und vermittelt werden, insbesondere im interkulturellen Maßnahmenprogramm, in Förderrichtlinien und in der Öffentlichkeitsarbeit. Veranstaltungen wie „Arsch huh“ und „Birlikte“ sind hilfreich, weil sie Leib und Herz ansprechen. Toleranzwerbung und Beziehungsarbeit ermutigen ziviles Engagement. Doch sollte das Lob der Zivilgesellschaft, von Ehrenamt, Selbsthilfe und symbolischen Aktionen nicht als Rechtfertigung für den Abbau kommunaler Leistungen und partnerschaftlicher Dienstleistungen benutzt werden.

##### **3. Qualitative Erfolgsmessung**

Erfolgsmessung komplexer Aufgaben erfordert geeignete, qualitative Methoden, insbesondere Auswertung durch Fachberatung, kollegialen Austausch und kritische Öffentlichkeitsarbeit.

##### **4. Partizipation in vernetzten Handlungsfeldern**

Die fachpolitische Vertretung von Migrantenorganisationen und interkulturellen Zentren durch die Wohlfahrtsverbände ist unverzichtbar, aber nicht ausreichend. Kommunale Leistungen der Integrationsförderung werden von allen Fachressorts der Stadt, von der Wohnungsförderung über Gesundheit, Schule, Kultur bis zu Flüchtlingsarbeit und Antidiskriminierung, erbracht. Der größte Teil der kommunalen Mittel wird aufgrund der rechtlichen Zu-

ständigkeit in Sozial-, Kultur- und Jugendhilfeausschuss vergeben. Die Jugendhilfeplanung setzt entscheidende Parameter für die interkulturelle Arbeit. Auch die Inklusionsplanung der Stadt für Schulen betrifft in besonderem Maß Migrantenkinder. Die Arbeitsförderung vor Ort war lange Zeit tragend für die Entwicklung der Zentren. Sie schuf zeitweise einen lokalen Arbeitsmarkt für Fachpersonal und wird jetzt auch zur Öffnung der Sozial- und Bildungsbereufe sowie der lokalen Infrastruktur benötigt.

Daher sollte der Integrationsrat mehr Informationsrechte und Entscheidungsbefugnisse zu diesen Politikfeldern erhalten. In der Jugendhilfe sollte er mitentscheiden bei der Vergabe von "Benachteiligtenförderung" (ehemals: Hausaufgabenhilfen für ausländische Kinder), Übermittagsbetreuung OTs, Präventions- und Erziehungsmaßnahmen, die alle zum großen Teil Zuwandererkinder betreffen. Zur Inklusionsentwicklung und zur Beschäftigungsentwicklung in Jugendhilfe und Schule sollte der Integrationsrat eine bessere Information über zielgruppenspezifische Wirkungen erhalten. Übergreifende, qualitative Ziele sollten dabei sein: der Abbau von Defizitkonzepten, Diversifizierung der Trägerlandschaft und Absicherung von Treffpunkten mit Beratung und Förderung.

### **5. Bedarf an Abstimmung und neuer Fachberatung**

Die interkulturellen Zentren müssen oft überregionale Mittel und Programme mit der besonderen Situation vor Ort in Einklang bringen. Von den im Jahr 2013 für den Zentrenbetrieb benötigten 4,3 Mio € deckte die städtische Grundförderung für interkulturelle Zentren nur 0,4 Mio € sonstige städtische Ämter steuerten 0,9 Mio €, EU, Bund und Land zusammen 1,4 Mio € und Stiftungen 1,2 Mio € bei.<sup>1</sup> Um ihre Arbeit zu finanzieren, benötigen die Zentren neben finanzieller auch organisatorische Rückendeckung von Stadt und Verbänden. Diese müssen, wenn die Umsetzung komplexer Projekte gelingen soll, bereit sein, ihre eigene Planung und Förderrichtlinien mit anderen Fachressorts und den Trägern der Einrichtungen abzustimmen. Obrigkeithches Denken, Delegations- und Abrufprinzip sind nicht flexibel und aus der Zeit. Besonders die überregionalen Förderprogramme von EU, Bund und Land konzentrieren sich mehr und mehr auf Infrastrukturmaßnahmen in großen Netzwerken, die oft nicht auf die örtliche Situation passen und die Basisarbeit zu wenig berücksichtigen. Eine aktive kommunale Finanz- und Organisationsberatung wäre z.B. zum neuen Europäischen Sozialfonds sinnvoll, damit in Köln wieder interkulturell relevante Beschäftigungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

---

<sup>1</sup> Stadt Köln, Punktdienststelle Diversity 2014: Bericht über die Arbeit der interkulturellen Zentren 2013 (auf der Basis der Abrechnungen und Sachberichte), S.9.

Ämterübergreifende Abstimmung kann nur auf Basis einer starken Fachberatung gelingen, die Praxis, Einrichtungen und Adressaten solidarisch unterstützt. Die Fachberatung der interkulturellen Zentren kann sich umgekehrt auch auf die Ressourcen der Zentren verlassen. Ihre Erfahrungen und Expertisen sind eine Fundgrube der Zielfindung und Evaluation für das interkulturelle Maßnahmenprogramm. Die Zentren sehen sich auch in Zukunft als Ansprechpartner für Verwaltung und Verbände und bitten darum, Analysen, Angebote zu Fortbildung und Spiegelung der administrativen Maßnahmen zu nutzen.

Überregionale Vorgaben, z.B. zu Schulpolitik und Arbeitsförderung dürfen nicht unkritisch vor Ort umgesetzt werden. Strukturelle Mängel der überregionalen Förderung können auch kommunal korrigiert werden. Das gelang z.B. nach der Abschaffung der Sozialberaterförderung und der Sprachkurse für länger ansässige Arbeitsmigranten. Die Einschränkung der Bundessozialberatung wurde ausgeglichen durch Beratung in den Zentren, Jugendförderung und den interkulturellen Dienst. Treffpunkte waren in der Bundesförderung nie vorgesehen und mussten kommunal aufgebaut werden.<sup>2</sup>

Die Verbesserung der Abstimmung ist eine Aufgabe kluger Leitung und politischer Entscheidung. Die Kontinuität und Weiterentwicklung der Fachberatung erfordert darüber hinaus eine ausreichende Personalausstattung des Kommunalen Integrationszentrums, die eine Kooperation mit allen Stellen anstoßen muss, die eine spezifische Verantwortung für die Fach- und Finanzberatung zu Migration, Flucht, Jugend, Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Beschäftigung tragen (also Jugendamt, Stabsstelle Jugendhilfe / Schulentwicklung, Sozialamt und Liga der Wohlfahrtsverbände).<sup>3</sup>

## **6. Stigma Sprache**

Im Alltag herrschen noch immer Klischeebilder vom „defizitären Ausländer“, vom „Hauptproblem Sprache“ oder den „erziehungsschwachen Müttern“ vor. Sie stellen die Lokalpolitik vor eine schwierige Aufgabe, da sie ganz andere fachliche Erkenntnisse in der Öffentlichkeit vermitteln muss. Sprachförderung oder Elternarbeit können auch diskriminierend wirken, wenn sie kompensatorisch oder defizitorientiert ansetzen, z.B. als Zwangsmaßnahme für „erziehungsschwache Mütter“. Tatsächlich wird Sprachförderung längst nicht nur für Anfänger, sondern auch im Kontext aufbauender Maßnahmen benötigt. Dazu zählen neben Bildungs-,

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu die drei Profilbroschüren der Zentren: „Integration sozial, zivil, interkulturell“ Köln 2002, 2004 und 2010.

<sup>3</sup> Zur Verbesserung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit reichen neue AKs und Managementmethoden nicht aus. Benötigt wird auch eine neue Philosophie, die administrative Konzepte, AKs und Netzwerke stärker an die Fachberatung bindet, statt sie weiter mit Kontraktmanagement, Controllings und Legitimationsmethoden der abgewählten neoliberalen Ära zu überziehen.

Berufsförderung und Kulturarbeit auch die Sensibilisierung des Sprachgebrauchs in der Antidiskriminierung, die Pflege kulturell fairer Gesprächsformen in der Beratung und die Förderung von Mehrsprachigkeit in Kitas und Schulen. In diesem Sinne einer Verbindung von Sprachförderung, Ausbildung und Partizipation sollten die Prioritäten des interkulturellen Maßnahmenprogramms gesetzt werden. Benötigt wird zugleich eine konsequente Abkehr von Defizitkonzepten und von der Verengung auf kompensatorische Maßnahmen.

### **7. Diversity sozial**

Die Kooperation zwischen Jugendhilfe, Schule, Integration, Wirtschaft und Arbeitsförderung im Sinne von Diversity, wie sie von der Politik gefordert wird, stellt ein großes Potential für die interkulturelle Öffnung der Firmen und Institutionen dar. Schon jetzt wird interkulturelle Öffnung durch das Vorbild der Beschäftigung von Migranten im öffentlichen Dienst gefördert, was einen Schritt im Prozess der Umsetzung von Diversity darstellt. Interkulturelle Öffnung verlangt aber auch eine Öffnung im Sinne verbesserter Inanspruchnahme von Rechten und Sozialleistungen durch Verwaltungsvorschriften. Nötig wären eine grundsätzliche Trennung zwischen Sozialberatung und Sachbearbeitung in Sozial- und Jugendhilfe, eine Garantie für unabhängige Beratung und Begutachtung für Sozialpädagoginnen in Schule und erzieherischen Hilfen. Stärkung der Adressaten verlangt nicht zuletzt auch eine bessere Rezeption von Innovation und Entwicklung, auch wenn diese „nur“ in Modellprojekten oder „sozialen Biotopen“ realisiert werden können. Auch hierbei helfen die Stärkung der freien Träger, Pluralismus der Trägerlandschaft, sowie Schaffung und Erhalt offener Treffpunkte und Zentren mit unabhängiger Beratung und Förderung.

### **8. Diversity inklusiv**

Die Inklusionsplanung in Köln steht vorwiegend im Zeichen der Schulentwicklung. Priorität haben der quantitative Ausbau der Ganztagschule und des gemeinsamen Unterrichts von Förderschülern und Regelschülern. Dazu werden in großem Umfang Mittel der Jugendhilfe und aus der Hilfe zum Lebensunterhalt für Sozialhilfebedürftige (im sogenannten Bildungspaket) beansprucht. Diese Politik des „Alles in die Schule“ wirkt gleichermaßen destruktiv auf Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationsgeschichte. Sie entwertet vorhandene Treffpunkte und unterläuft individuelle Rechtsansprüche auf Gehör, Verfahren und Evaluation durch pluralistische Trägerstrukturen.<sup>4</sup> Betroffen sind nicht nur OTs und interkulturelle

---

<sup>4</sup> Im Themenheft „Inklusion“ der Neuen Praxis 2/2014 wird konzediert, dass die Organisation kommunikativer Anschlüsse zwischen Jugendhilfe und Schule und Kooperation in Serviceform punktuell gelingt. Als problematisch wird vor allem das

Zentren. Auch die Gemeindejugend in aktiven Kirchengemeinden klagt über die Beeinträchtigung ihrer Gruppenarbeit und Fahrten durch den gebundenen Ganztag. In der Diskussion über kommunale Bildungslandschaften wird inzwischen auf die schädlichen Wirkungen für die Schulen selbst, v.a. die innere Schulorganisation, hingewiesen. Die neoliberale „winner-takes-all“ - Praxis im Austausch Jugendhilfe/Schule geht einher mit der Schaffung eines subventionierten Markts für Beaufsichtigung, Therapien, Freizeitangebote, Schließfächer, online zu kaufende Essenslieferungen und Lernhilfen. Sie wirken im Verbund in Richtung auf eine Privatisierung und Vermarktung der öffentlichen Schulen.<sup>5</sup> Der Erhalt und die Öffnung sozialer Gemeinden, Nachbarschaften und pädagogischer Alternativen zum konsumierbaren Lernen bleiben – entgegen dieser Dynamik - zentrale Anforderungen an eine integrative Stadtgesellschaft.

Einige interkulturelle Zentren erhielten schon in der Vergangenheit neben Hausaufgabenhilfemitteln auch Zuschüsse aus der Übermittagsbetreuung für OTs und Bürgerzentren. Das war ein erster Schritt zur interkulturellen Öffnung der Jugendförderung. Aber ÜMI und außerschulische Einrichtungen werden von Teilen der Fachpolitik und der Verbände als Auslaufmodell gesehen. Schulische Selektion wird verstärkt, wenn auf außerschulische Treffpunkte und Nachmittagsbetreuung verzichtet wird.

## **9. Ganzheitliche Konzepte - Resilienz**

Erfreulich ist das fast allseitige Bekenntnis der Parteien zu den außerschulischen Aufgaben informelles Lernen, Resilienzförderung und politische Bildung gegen Fremdenfeindlichkeit. Es steht aber in Gegensatz zu den tatsächlich favorisierten Handlungskonzepten. Das gilt besonders für Jugendhilfe und Schule und teilweise für Eltern- und Seniorenarbeit.<sup>6</sup> Während v.a. Fachpersonal- und Zentrenmittel knapp sind, werden der Transfer von 17 Mio. € freier Jugendhilfemittel in die Schulen mehrheitlich gelobt und der Abbau stabiler Zentrenförderung in OTs - bei einer einzigen Gegenstimme – geduldet. Auch die vereinzelte Forderung nach Neuausschreibungen und Leistungsvereinbarungen zur offenen Jugendarbeit steht quer zu den

---

Fehlen einer rechtlichen, strukturellen Grundlage für gleichberechtigte Zusammenarbeit der beteiligten Berufsgruppen angesehen.

<sup>5</sup> D. Gaus, Kommunale Bildungslandschaften, in: E. Drieschner / D. Gaus (Hrsg.), Das Bildungssystem und seine strukturellen Kopplungen, Wiesbaden 2014.

<sup>6</sup> Eine Ausnahme von der eher passiven Hinnahme der Verwaltungspraxis stellt die positive Erwähnung der offenen Altenhilfe in interkulturellen Zentren dar, die aber mit den bisher im Maßnahmenprogramm ausgewiesenen Mitteln noch nicht umzusetzen ist.



qualitativen Zielen in Politik und Verwaltung.<sup>7</sup> Offene Arbeit ist eine komplexe Arbeit, die zerstört wird, wenn man sie wie Pflegeleistungen oder käufliche Produkte standardisiert.

### **10. Neue Steuerung**

Aus der Diskussion über „Hartz4“ sind die ungünstigen Folgen hierarchischer Vernetzung durch das so genannte neue Management bekannt. Beklagt werden dort die Verkleinerung des Trägerspektrums der Berufshilfe, übermäßige Kontrolle, wenig nachhaltige Wirkung, Entrechtlichung der Ansprüche und Verfahren, Pseudoaktivitäten und sachfremde Erfolgsmessung durch quantitative Indikatoren und Controllings. Auch die interkulturelle Arbeit wird in den überregionalen Förderprogrammen teilweise schon von diesen Methoden überzogen. Erfolgsmessung wird noch immer quantitativ verstanden. Komplexe Aufgaben, wie z.B. Beratung sind damit aber nicht fair zu bewerten. Benötigt werden wirkliche Brücken zwischen Politik und Praxis, Miniexpertisen aus Sicht der Adressaten und der Fachkräfte, Lebenslageerhebungen und Mitarbeiterbeteiligung statt Stiftungsgutachten und Werbung für die Verwaltung. Auch hier stellt sich die Aufgabe eines kommunalen Korrektivs für ein nachwirkendes Konzept der 90er Jahre.<sup>8</sup>

### **11. Rationale Vernetzung und Sozialraumorientierung**

Die politischen Impulse zu Vernetzung und Sozialraumorientierung zeigen, dass die Notwendigkeit gesehen wird, den Adressaten eine Stimme zu geben und ihre Leistungsansprüche zu respektieren. Die Forderung von mehr Sozialraumorientierung wirkt dann problematisch, wenn sie zwar mehr Steuerung, Kommunikationsmanagement und Entscheidungen unter Konsenszwang anstößt, Konflikte um Beratungsqualität, Ansprüche und Interessensartikulation aber unterläuft. Insbesondere die Mehrfachsteuerung verschiedener Gremien und Organisationseinheiten erzeugt teils paradoxe Wirkungen. Schon jetzt muss jedes interkulturelle Zentrum, wenn es als kooperativ gelten will, einer ganzen Reihe von Damen und Herren dienen - vom interkulturellen Dienst über das Jugend- und Sozialamt und die Ausländerbehörde bis zu den AKs der Jugendhilfeplanung, der Stadtbezirkskonferenz, der Integrationsagenturen, der Bundes- und Landesverbände und - ganz zuletzt - dem eigenen Facharbeitskreis. Diese

---

<sup>7</sup> Die Verabschiedung einer neuen Richtlinie zur offenen Jugendarbeit steht gleich zu Beginn der neuen Legislatur auf der Tagesordnung. Sie verdient mit Blick auf die strukturellen Aufgaben ressortübergreifender Kooperation, neue Finanzkonzepte, Resilienzförderung, Diversity, interkulturelle Öffnung, substanzielle Partizipation und v.a. Verhinderung von Kommerzialisierung mehr Beachtung und Diskussion als der letzte verabschiedete Kölner Kinder- und Jugendförderplan.

<sup>8</sup> Die Blaupausen der Kommunalen Stelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) für das neue Management in der Jugendhilfe stammen aus den 90er Jahren: z.B. „Kontraktmanagement zwischen öffentlichen und freien Trägern in der Jugendhilfe (Bericht 12/1998)“ und „Outputorientierte Steuerung der Jugendhilfe (Bericht 9/1994)“. „Vergleichen, optimieren, Erfolgskriterien entwickeln – orientieren Sie sich an den Besten! Benchmarking im Jugendamt“ heißt ein Fortbildungsthema 2014 (<https://www.kgst.de/themenfelder/jugend-und-soziales/>).



mehrfache hierarchische Vernetzung und Steuerung erleichtert nur scheinbar die Umsetzung zentraler Vorgaben. Tatsächlich erschwert sie die wichtigsten Anliegen der Fachverwaltung, nämlich Mitbestimmung und fachliche Innovation.<sup>9</sup>

Für eine produktive Vernetzung wird stattdessen ein pluralistisches Konzept sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit benötigt. Kooperation, Vernetzung, Steuerung und Erfolgsmessung sollten an gemeinsame Fallarbeit, Praxisreflexion und kollegiale Beratung auf Augenhöhe gebunden werden statt an Modelle der Delegation.

## **12. Soziale Stadt Köln**

Die Konzentration der überregionalen Mittel für eine "soziale Stadt" verleitet die Politik dazu, deren Methoden und Raumkonzepte auch lokal zu verstärken. Ob dies tatsächlich zu dauerhaft verbesserten Leistungen, Chancen und Partizipation der Adressaten führt, ist umstritten.<sup>10</sup> Aus Sicht der Zentren wäre v.a. an die oben angesprochenen strukturellen Aufgaben zu erinnern. Benötigt werden stadtteilübergreifende Konzepte und Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, gegen Segregation und für außerschulische Bildung und Einmischung. Dazu benötigt man eine funktional und nicht räumlich spezialisierte Organisationsentwicklung und andere Formen der Mitbestimmung. Zur Erfolgsmessung sind qualitative Methoden und eine stärkere Berücksichtigung der Praxiserfahrungen in den Einrichtungen zu empfehlen. Die Politik sollte die wirklich wichtigen qualitativen Aufgaben der Zentren- und Maßnahmeförderung durch die „soziale Stadt“ unterstützen statt einen gemischtwirtschaftlichen Markt der Anbieter im „Milieu“ zu subventionieren.

## **13. Beschäftigungsförderung für die soziale Infrastruktur und das interkulturelle Zusammenleben**

Die strukturellen Aufgaben der Zentren erfordern professionelles Personal, das nur teilweise durch Drittmittel zu gewinnen und auszubilden ist. Bewährt haben sich in der Vergangenheit lokale Maßnahmen der Arbeitsförderung, die eine längerfristige Qualifizierung durch Mitarbeit zu tariflichen Bedingungen in interkulturellen Zentren ermöglichen.

---

<sup>9</sup> Bezeichnend für die Problematik der Übersteuerung ist die Diskriminierung unterschiedlicher Methoden oder Zugänge zu verschiedenen Gruppen als "Doppelaktivität", die man einsparen könne. Diese Zuschreibung findet immer dann statt, wenn man ganz unterschiedliche Ansätze und Aufgaben so behandelt als wären sie gegenseitig ersetzbar. Sie findet im großen Stil bei der Gleichsetzung von Schule und außerschulischer Arbeit statt. Konsenszwang und Hierarchie in den Netzwerken verdecken außerdem, wo die tatsächlich teuren und verheerenden Doppelaktivitäten und Kosten zu suchen sind.

<sup>10</sup> In Köln sind die Wirkungen nicht transparent. Aus England ist bekannt, dass vorwiegend die Anbieter, also Mittelschichtsangehörige, wie z.B. Architekten, Firmen, Therapeuten profitierten. Das Kölner Jugendamt lehnte bisher Bedarfsbestimmungen nur auf Basis sozialstatistischer Daten nach Vierteln und Straßen ab, um auch komplexere Lebenslagen in der Stadt zu erfassen. Wenn das neue Management unkritisch umgesetzt wird, droht v.a. bei der Platzierung von Zentren und OTs ein defizitorientiertes, fürsorgisches Konzept und ein diskreditiertes Bild der betroffenen Viertel nach außen.

Eine Wiederaufnahme dieser qualifizierenden Beschäftigung hätte einen positiven Struktureffekt, käme einer pluralistischen Trägerlandschaft zugute und würde den Handlungsspielraum der kommunalen Politik qualitativ vergrößern.

Für eine lokale Beschäftigungsinitiative Integration spricht noch ein weiterer Grund. Fremdenfeindlichkeit ist kein Randgruppenphänomen, sondern entsteht in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Die großen Bundesmodellprogramme für Miteinander und Toleranz haben daraus die Konsequenz gezogen, interkulturelle Modelle verstärkt in Betrieben und Beschäftigungsmaßnahmen zu platzieren.<sup>11</sup> Ein solcher Impuls wäre zugleich ein produktiver Anstoß für die sonstige Maßnahmeplanung im Namen von Diversity.

---

<sup>11</sup> Vgl.: <http://www.migration-online.de>

## **Wahlprüfsteine Interkulturelle Zentren**

**Die Kölner LIGA der Wohlfahrtsverbände hat die Zukunft der interkulturellen Zentren und die schulische Förderung der Migrantenkinder als Wahlprüfsteine ausgewählt und um Stellungnahmen der Parteien zur Kommunal- und Integrationsratswahl Köln 2014 gebeten**

<http://www.koelner-gestalten-zukunft.de/> (16.5.2014)

### **Sicht der LIGA**

Rund ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger Kölns haben einen Migrationshintergrund. Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände setzt sich ein für die Antidiskriminierung und Gleichbehandlung aller Menschen in Köln, die interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste und Einrichtungen, für Angebote und Dienste, die die Chancen derjenigen Migrantinnen und Migranten verbessern, die in dem Regelsystem nicht ausreichend unterstützt werden.

### **1. Wie kann aus Ihrer Sicht ein Konzept zur Weiterentwicklung der interkulturellen Zentren aussehen?**

#### **Stellungnahmen der Parteien**

##### **CDU**

Interkulturelle Zentren sind Begegnungsstätten mit Hilfsangeboten für Mitbürger mit Migrationshintergrund. Köln ist eine weltoffene Stadt, in der Deutsche und Zuwanderer friedlich zusammen leben. Die Kölner CDU setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderer ein. Wir werben für gegenseitigen Respekt und lehnen daher entschieden jede Form von Abgrenzung, Diskriminierung und Gewalt ab. Dazu fordern wir die aktive Teilhabe in der Kölner Gesellschaft von allen: Migranten, Bürger mit Zuwanderungsgeschichte genauso wie Alteingesessene. Integration bedeutet für uns die Eingliederung der Zugewanderten in unsere bestehenden Sozialstrukturen auf der Grundlage unserer Grundwerte. Sie bedeutet zugleich die Akzeptanz kultureller Verschiedenheiten auf der Basis dieser Grundwerte. Der Integrationsrat entscheidet selbstständig über die Förderwürdigkeit der einzelnen Zentren. Gleichzeitig ist der Integrationsrat Kontrollorgan bzgl. der Inhalte und Angebote. Eine Weiterentwicklung ist nach Auffassung der CDU-Fraktion mit einem verbesserten Angebot im Bereich der Bildung sinnvoll. Wirtschaft und Interkulturelle Zentren sollten sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Politische Partizipation von Zuwanderern nehmen wir sehr ernst und setzen sie um – im Rat und in den Bezirksvertretungen.

##### **SPD**

Die Interkulturellen Zentren arbeiten für die Integration der in Köln lebenden Menschen mit Zuwanderungshintergrund und wollen ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen in Köln fördern. In ihnen treffen sich Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln. Interkulturelle Zentren haben sich in Köln seit Beginn der 1970er Jahre als Säulen der Integrationsarbeit etabliert. Zunächst allein ehrenamtlich tätig, entwickelten sich viele Zentren zu professionell arbeitenden Trägern von Jugend- und Sozialarbeit.

Mit insgesamt 409.000 € förderte der Rat der Stadt Köln im vergangenen Jahr die Arbeit der Interkulturellen Zentren. Finanziell unterstützt wird die Arbeit von Vereinen, Zentren und Initiativen, die in der Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit tätig sind. Dabei sind eine enge Vernetzung mit anderen Kultur-, Bürger- und Jugendeinrichtungen sowie eine enge Vernetzung in den Sozialräumen unerlässlich.

##### **FDP**

In erster Linie gilt es die Interkulturellen Zentren im heutigen Umfang zu erhalten und finanziell zu sichern. Denkbar für die Zukunft ist sicherlich die Interkulturellen Zentren mit dem Angebot „Soziale Veedel“ zu vernetzen und dementsprechend gemeinsam Ausbaumöglichkeiten zu realisieren.

## **Bündnis 90/Die Grünen**

Wir GRÜNE setzen uns für eine städtische Weiterfinanzierung der interkulturellen Zentren ein. Die Förderkriterien müssen in Zusammenarbeit mit dem AK Interkultureller Zentren überarbeitet werden: Zur Sicherstellung einer konzeptionellen Weiterentwicklung der Zentren und zur Stärkung der sozialen Kompetenz der Zentren durch Vernetzung von Angeboten und Institutionen im Sozialraum, hin zu den sozialen Diensten im Bereich der Pflege und offenen Altenarbeit. Die Zusammenarbeit mit den Frauenberatungsorganisationen ist zu prüfen.

## **Die Linke**

Durch die Zerschlagung des interkulturellen Referats ist der Druck auf die Zentren, ihre Arbeit zu rechtfertigen, gewachsen. Die interkulturellen Zentren sind ein wichtiger Teil der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten. DIE LINKE lehnt es ab, ihnen von außen, sei es durch Ratsparteien oder Verwaltung ein Konzept vorzuschreiben und überzustülpen. Stattdessen muss deren wichtige Integrationsarbeit durch eine Verstärkung der Mittelflüsse auf ein sicheres Fundament gestellt werden. Für rumänische und bulgarische Wanderarbeiter als wichtige neue Zuwanderungsgruppe fehlen bislang Angebote. Um diese zu schaffen, muss die Stadt erst einmal den Bedarf anerkennen und dann mit erfahrenen Trägern, z. B. der Obdachlosenhilfe, Angebote etablieren.

## **2. Mit welchen Maßnahmen sollen die schulischen Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund verbessert werden?**

### **Stellungnahmen der Parteien**

#### **CDU**

Eine wesentliche Grundlage des Schulerfolgs und der Integration in die Gesellschaft ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Alle Untersuchungen zeigen, dass Defizite in der deutschen Sprache nicht nur Minderleistungen im Deutschen, sondern auch in den Naturwissenschaften und in der Mathematik nach sich ziehen. Die Förderung beider Sprachen, des Deutschen und der Familiensprache, muss integrativ erfolgen.

Der bisherige muttersprachliche Ergänzungsunterricht (MEU) hat die Zweisprachigkeit nur sehr unvollkommen gefördert. Deswegen muss der Anteil der bilingualen Grundschulen in Köln erhöht werden, und neben den bestehenden Sprachen auch Türkisch bilingual angeboten werden. Unser Kölner Regelschulangebot versagt, wenn italienische, türkische oder griechische Schulen gegründet werden, weil die Eltern darin eine größere Chance des Abiturerwerbs für ihre Kinder sehen als auf deutschen Schulen.

Die Eltern müssen stärker als bisher zur Mitarbeit angeregt werden. Aktive Mitarbeit und Unterstützung der Eltern während der Schullaufbahn ihrer Kinder kann besonders durch Identifikation mit der jeweiligen Schule gelingen. Die Schulen sollten verstärkt die Anwesenheit der Eltern mit Zuwanderungsgeschichte bei Elternabenden, Einschulungs- oder Informationstagen der Schulen zu persönlichen Gesprächen nutzen.

Eine weitere Möglichkeit sind parallele Sprachlernangebote besonders für die Mütter der Kindergarten- und Grundschul Kinder. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ausländische Mütter Deutschförderprogramme annehmen, wenn sie die Vorteile für ihre Kinder erkennen.

Aus soziokulturellen Gründen darf die Teilnahme an schulischen Angeboten nicht verweigert werden. So muss die Teilnahme an Klassenfahrten, Schulprojekten und Förderkursen ebenso verpflichtend eingefordert werden wie am Sportunterricht. Nur bei uneingeschränkter Teilnahme an allen Klassen- und Schulveranstaltungen kann eine Integration der Jugendlichen erfolgen. Der Sportunterricht stellt einen idealen Rahmen dar, Fairness, das Einhalten von Regeln, Zuverlässigkeit, Teamgeist und zielgerichtetes Handeln zu erproben. Die Schulen müssen eventuell in Zusammenarbeit mit Vereinen verstärkt Sport-AGs einrichten. Diese bieten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Können und Fähigkeiten zu zeigen, die im normalen Schulalltag oft nicht die nötige Beachtung finden. Gleichzeitig sollen Kölner Sportvereine angeregt werden, sich verstärkt in den Schulen vorzustellen, um für ihre Sportart zu

werben. Sportvereine rein nationaler Prägung stehen einer Integration entgegen. Viele Jugendliche setzen sich verstärkt mit Werte- und Sinnfragen auseinander. Diese Fragen werden besonders im Religionsunterricht erörtert. Deswegen ist es wichtig, dass auch islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrern im staatlichen Rahmen angeboten wird.

### **SPD**

Für alle Kinder ist Sprachförderung die Grundlage für erfolgreiches Lernen. Deshalb unterstützen wir die Programme unserer Kitas, Kinder so früh wie möglich in der Anwendung der deutschen Sprache zu fördern. Natürliche, durch ihre Familien bedingte Mehrsprachigkeit ist zudem ein Potential, das viele Kinder in Köln mitbringen. Dieses Potential gilt es zu unterstützen, unter anderem durch den Ausbau mehrsprachiger Kindertageseinrichtungen.

### **FDP**

Köln ist eine tolerante und gastfreundliche Stadt. Unsere ausländischen Mitbürger sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadtgesellschaft und Kultur. Für alle, die Arbeitssuchenden, die Studenten, die Jugendlichen und die jungen Facharbeiter brauchen wir eine neue Willkommenskultur. Wichtigste Grundlage zur Integration sind ausreichende Deutschkenntnisse. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund bedürfen früher Förderung. Daher setzt die FDP auf den Ausbau von mehrsprachigen Bildungsangeboten. Diese beginnen in den Kindertagesstätten und müssen bis zum Lehrstuhl vorhanden und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Für die GRÜNEN ist es ein zentrales politisches Anliegen, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle in Köln lebenden Kinder und Jugendlichen die Chance auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben bekommen. Bildung ist der Schlüssel zur Verwirklichung der persönlichen Lebenschancen, zu gesellschaftlicher Teilhabe, zur individuellen Entfaltung und zu beruflichen Perspektiven. Mehrsprachigkeit sehen die GRÜNEN als Chance. Wir GRÜNE wollen den Einsatz bilingualer Fachkräfte bereits in den Kindertageseinrichtungen. Die GRÜNEN setzen sich für die Weiterfinanzierung des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration ein. Das Modell „Rucksack“ wollen wir GRÜNE verstetigen und auf weitere Sprachen ausweiten. Die Situation der Seiteneinsteigerklassen muss dringend verbessert werden, insbesondere müssen weitere Plätze geschaffen werden, damit die Kinder und Jugendlichen schnellstmöglich und wohnortnah beschult werden können.

### **Die Linke**

Der UNO-Sonderbeauftragte Munoz stellte schon 2007 fest, dass das deutsche dreigliedrige Schulsystem u. a. Kinder mit Migrationshintergrund diskriminiert. DIE LINKE hält das dreigliedrige Schulsystem für nicht reformierbar und will es abschaffen. Bis dahin setzen wir auf ein bedarfsgerechtes Angebot an Gesamtschulen. Jedes Kind, das einen Platz auf einer Gesamtschule möchte, muss ihn auch erhalten. Dafür muss die Kommune mit dem Ausbau des Angebots sorgen. Stattdessen schauen die Mehrheiten im Rat tatenlos zu, wie für das nächste Schuljahr wieder 750 Kölner Kinder abgelehnt werden, Tendenz seit Jahren steigend. Ebenso wie an den Gesamtschulen muss auch in allen anderen Bildungseinrichtungen das gemeinsame Lernen Standard sein. Deshalb möchten wir die Wiedereinführung der Grundschulbezirke und über eine gemeinsame kommunale Platzvergabe auch bei Kitas die Möglichkeit, diese sozial gut zu durchmischen.

DIE LINKE setzte außerdem auf Elternarbeit. Das „Rucksack-Programm“ muss nach dem Auslaufen von Mülheim 2020 dort verstetigt und auch in anderen Bezirken mit Bedarf ausgebaut werden. Kitas sollen bilingual, deutsch und in der Herkunftssprache der meisten Kinder betrieben werden, wenn der Anteil der Kinder, die nicht das Deutsche als Muttersprache haben, einen bestimmten Prozentsatz übersteigt.

# Wahlprüfsteine Jugendhilfe und Schule

## Wahlprüfsteine der Kölner LIGA der Wohlfahrtsverbände und die Stellungnahmen der Parteien zur Kommunal- und Integrationsratswahl Köln 2014

<http://www.koelner-gestalten-zukunft.de/> (16.5.2014)

### Sicht der LIGA

Der Wandel im System Schule wirkt sich auf das Feld der Kinder- und Jugendhilfe aus. Die Präsenz von Kindern und Jugendlichen am Ort Schule verlängert sich schrittweise bis in den Nachmittag hinein. Damit verändern sich Zeiten, die für den Besuch von Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung stehen. Die Kinder- und Jugendarbeit leistet aber mit ihren Angeboten und Angebotsstrukturen einen unverzichtbaren Beitrag zur non formalen und informellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie nimmt eine entscheidende Funktion in der Bildungsbiographie junger Menschen ein und hat eine hohe Relevanz für deren Persönlichkeitsbildung. Non-formales Lernen ist besonders für benachteiligte Kinder und Jugendliche sowohl als Schlüsselqualifikation für schulisches Lernen als auch im Rahmen von sozialer Entwicklung, Bildungserfolg und Einstieg in Ausbildung und Erwerbsleben von großer Bedeutung.

Die Kinder- und Jugendhilfe bietet bewertungsfreie, partizipativ und parteilich geprägte Räume. Diese müssen unabhängig von der Institution Schule gesichert werden. Kooperationsprozesse, in denen der Partner Jugendhilfe sich in seinem Selbstverständnis verleugnen und der Schule ausschließlich anpassen muss, haben mit Kooperation nichts zu tun. Die Frage einer angemessenen Finanzierung der Schulkindbetreuung bleibt auf der Agenda und richtet sich hierbei vor allem an das Land. Verbesserungen, die an dieser Stelle erreicht werden, müssen aber unmittelbar in die Betreuungs- und Bildungsarbeit der Träger fließen und dürfen nicht zur Verrechnung kommunaler Anteile verwendet werden.

## 1. „Bildung ist mehr als Schule!“ – Wie soll die Jugendförderung in Köln weiterentwickelt werden?

### SPD

Eine Demokratie ist nur zukunftsfähig, wenn es uns gelingt, junge Menschen für sie zu begeistern. Deshalb setzt sich die KölnSPD gerade in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen für niederschwellige Angebote ein, mit denen zu den Jugendlichen auf der Straße Kontakte aufgebaut werden. Im Projekt „Lebenswerte Veedel“ werden die verschiedenen Hilfsdienste (Schulsozialarbeit, Sozialraumkoordination, Bezirksjugendpflege) eng vernetzt, um sich optimal und ressourcenschonend zu ergänzen. Unser Ziel ist es, das Angebot des Streetworks im Kontext dieser Hilfsdienste in den nächsten Jahren bedarfsdeckend auszubauen. Dabei spielen die Träger der freien Wohlfahrtspflege eine bedeutende Rolle.

### CDU

Die CDU setzt sich dafür ein, Jugendliche stärker am Geschehen in dieser Stadt teilhaben zu lassen. Jugendlichen sollen zur Mitwirkung vor Ort ermutigt und ihre Anregungen aufgenommen und bearbeitet werden. Die CDU fordert ein Konzept für Jugendzentren in Köln mit stadtteilspezifischen Schwerpunkten. Besonders in sozialen Brennpunkten muss die Stadt auf mehreren Wegen die Jugendlichen ansprechen. Hier muss die Zusammenarbeit mit Schulen, Unternehmen, Verbänden und Vereinen gefördert werden. Zum Beispiel die Vermittlung von Praktika zum Einstieg in die Berufswelt muss koordiniert und vereinfacht werden.

### Grüne

Außerschulische Angebote im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Insbesondere unterversorgte Stadtteile müssen in Zukunft ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder und Jugendliche haben. Die Anforderungen an die offene Kinder- und Jugendarbeit ändern sich stetig und darauf werden wir GRÜNE reagieren.

Deshalb ist vor allem der Ausbau der aufsuchenden und mobilen Kinder- und Jugendarbeit notwendig. Eine besondere Bedeutung hat die kulturelle Bildung an Schulen, Kitas und den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Grünes Ziel ist es, dass aus kleinen Pänz große Demokratinnen und Demokraten werden. Das heißt, frühzeitig Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen mitzunehmen und ihre Meinung abzufragen. Die GRÜNEN werden das in den UN-Kinderrechtskonventionen verbrieftete Recht auf Beteiligung in Köln umsetzen. Damit wollen die GRÜNEN schon bei den Kleinsten altersgerecht anfangen und Jugendliche verstärkt in die sie betreffenden Angelegenheiten einbinden.

Aktuell ist die Schulsozialarbeit bis Ende 2014 gesichert. Eine weitergehende Sicherung ist unverzichtbar und unabdingbar für eine qualitative Verknüpfung von Jugend und Schule.

### **FDP**

Auftrag der Gesellschaft und somit auch der Politik ist, lebenslanges Lernen, auch außerhalb von Schule, in der Stadt Köln attraktiv und passgenau zu gestalten. Hier sind alle Akteure, die in diesem Spannungsfeld tätig sind, zu einer intensiven Zusammenarbeit im Sinne der (frühkindlichen) Aus- und Weiterbildung unserer Kinder und Jugendlichen gefragt. Da auch der Ganztag immer mehr Einzug sowohl in die Grund- als auch in die weiterführenden Schulen hält müssen Jugendhilfe und Schule als gleichwertige Partner auf Augenhöhe miteinander kommunizieren (können). Kind und Jugendlicher muss im Mittelpunkt aller Aktionen stehen, um Stärken und Schwächen zu erkennen bzw. unterstützende Maßnahmen anzubieten und zu ergreifen. Qualitätsvolle Betreuungs- und Bildungsangebote, ohne das Vorhalten von Doppelstrukturen und unter Ausschöpfung aller finanziellen Ressourcen, machen eine Zusammenarbeit im Sinne der bestmöglichen Förderung der Kinder und Jugendlichen in Köln unerlässlich. Beim Abbau von evtl. Ressentiments und beim Aufbau einer noch engeren, zukunftsorientierten Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule wird die FDP auch weiterhin ihren Beitrag leisten

### **Linke**

In der Jugendförderung hält DIE LINKE sowohl betreute als auch selbst verwaltete Angebote für notwendig. Für letzteres ist es uns wichtig, das AZ (Autonomes Zentrum) zu erhalten und in den Veedeln Freiflächen zu schaffen, in denen sich Jugendliche zwanglos und ohne kommerzielles Angebot treffen können. Um Konflikte mit den Anwohnern zu lösen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen, braucht es städtische Ansprechpartner, die die Rolle eines Mediators einnehmen. Betreute Angebote müssen endlich dauerhaft finanziert werden. Sowohl die mit fast jedem Haushalt realisierten Kürzungen als auch die indirekten Kürzungen über die Nichtweitergabe der Tarifierhöhungen müssen endlich beendet werden. Projektfinanzierung muss sich auf einige wenige wirklich neuartige Projekte beschränken, das übliche Angebot muss komplett über institutionelle Förderung laufen. Mit der zunehmenden Einführung von Ganztagschulen verschieben sich die notwendigen Angebote für Jugendliche in den späten Nachmittag und frühen Abend, auf die Wochenenden und die Ferienzeiten. Die Angebote der Jugendzentren und Offenen Türen müssen dementsprechend angepasst werden. Angebote - insbesondere für benachteiligte Jugendliche wie „Mitternachtssport“ - müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden



## **2. Wie wollen Sie die Träger der Jugendhilfe stärken, damit sie gemeinsam mit Schulen hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote entwickeln?**

### **SPD**

Die KölnSPD unterstützt die Neuausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit einer höheren Flexibilisierung, insbesondere in Richtung mobiler Arbeit und trägerübergreifender Zusammenarbeit.

### **CDU**

Die CDU fordert, die Kürzungen der letzten Jahre für Jugendzentren in ganz Köln zu stoppen. Wir fordern, dass der Bürokratieaufwand zur finanziellen Absicherung der Jugendzentren abgebaut wird. Sozialarbeiter müssen mit Jugendlichen arbeiten und nicht Anträge schreiben. Jugendzentren sollen ein attraktives, aber ergänzendes Angebot darstellen und sollen, statt ihnen Konkurrenz zu machen, die Kooperation mit Vereinen suchen. Um Jugendliche, die keinen Zutritt zu Bars und Clubs bekommen, eine Anlaufstelle zu bieten, sollen Jugendzentren auch Ü16-Partys anbieten können.

### **Grüne**

Die partnerschaftliche Verzahnung zwischen Schule und Jugendhilfe betrachten die GRÜNEN als Chance. Mittels der integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung wirken beide Strukturen zusammen. Die unterschiedlichen Professionen und Kompetenzen müssen gemeinschaftlich und auf Augenhöhe weiterentwickelt und gestärkt werden. Dabei sind verlässliche Strukturen und Planungssicherheit wichtig. Eine auskömmliche und verlässliche Finanzierungssicherheit auf Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die eine Gültigkeit von mehreren Jahren hat, ist für uns GRÜNE ein wichtiger Baustein bei der Stärkung der Träger der Jugendhilfe.

### **FDP**

Die Jugendarbeit muss in den nächsten Jahren noch enger mit dem Bereich Schule verzahnt werden. Viele Träger sind bereits durch vielfältige Angebote im Nachmittag mit Schulen vernetzt. Diese Vernetzungen müssen zu echten Kooperationen ausgestaltet werden, damit die unterschiedlichen Instrumente der Jugendarbeit und des Schulsystems ineinandergreifen. Darüber hinaus sieht die FDP die Zukunft der Jugendarbeit in der mobilen Jugendarbeit. Da die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im ständigen Wandel stehen, muss auch die Kölner Jugendarbeit flexibel gestaltet werden können.

### **Linke**

DIE LINKE möchte die offenen Ganztagschulen durch gebundene ersetzen. Wir sind der Meinung, dass sich wirkliche Betreuungsqualität nur in gebundenen Ganztagschulen verwirklichen lässt, sowohl aufgrund des pädagogischen Konzepts, als auch aufgrund der Finanzierung. In der offenen Ganztagschule sind die Angebote aufgeteilt: Schule am Vormittag, Freizeit und Hausaufgaben am Nachmittag. Eine wirkliche Rhythmisierung mit einem Wechsel der Angebote entspricht den Bedürfnissen der Kinder und ist – schon allein wegen der Arbeits- und Anwesenheitszeiten der OGTS - Beschäftigten - dort nicht zu verwirklichen. Die Finanzmittel, die den OGTS-Trägern zur Verfügung stehen, sind mit den Jahren sogar noch abgeschmolzen statt mit der Tarifentwicklung Schritt zu halten. Die gebundene Ganztagschule dagegen hat einen sich ständig anpassenden Finanzrahmen von 20 % der Stellenkosten für den regulären Betrieb. Hier entscheidet letztlich die Schulleitung, inwieweit Lehrer oder Beschäftigte von Jugendhilfeträgern im Ganztage arbeiten. Werden Jugendhilfeträger eingebunden, können sie Vollzeitstellen schaffen, die tariflich angemessen entlohnt werden. DIE LINKE möchte, dass gute Arbeit auch gut bezahlt wird.

# Wahlprüfsteine Inklusion

## Wahlprüfsteine der Kölner LIGA der Wohlfahrtsverbände und die Stellungnahmen der Parteien zur Kommunal- und Integrationsratswahl Köln 2014

<http://www.koelner-gestalten-zukunft.de/> (16.5.2014)

### Sicht der LIGA

Ziel der Stadt Köln ist es, mit Unterstützung des Landes bis zum Jahr 2020 eine inklusive Bildungslandschaft im Rahmen einer prozesshaften Umsetzung zu schaffen. Bis dahin sollen möglichst viele Kinder und Jugendliche, unabhängig von einem sonderpädagogischen Förderbedarf, Schülerinnen und Schüler der allgemeinen Schulen sein. 2012 hat die Stadt einen Inklusionsplan für die Kölner Schulen erarbeitet. Im Sommer 2014 soll den politischen Gremien eine Zwischenbilanz zu den bisherigen Umsetzungsschritten und erforderlichen Weiterentwicklungen vorgelegt werden. Bisher sind Landesregierung und Kommunen bei der Frage der Kostenübernahme für den gemeinsamen Unterricht, insbesondere hinsichtlich der Personalkosten uneinig.

## 1. Was ist für Sie die größte Herausforderung bei der Umsetzung der schulischen Inklusion durch die Stadt Köln und welche Ressourcen sollen hierfür bereitgestellt werden?

### SPD

Wir betrachten den Inklusionsgedanken im Bildungsbereich unter dem Aspekt der Vielfalt. Inklusion heißt Vielfalt. Dazu gehören für uns die gegenseitige Wertschätzung und das respektvolle Miteinander Aller - unabhängig davon, welche Voraussetzungen die einzelnen jungen Menschen mitbringen. Kinder mit Handicap sollen dem Elternwunsch entsprechend im regulären Schulsystem einen Platz finden. Die Betreuung und der gemeinsame Unterricht von nicht-behinderten und behinderten Kindern in Kölner Schulen müssen zur Normalität werden.

### CDU

Die Umsetzung der Inklusion im Bildungsbereich ist ein Groß- und Langzeitprojekt, das nur im Dialog mit den Betroffenen, den Eltern sowie den Lehr- und Fachkräften gelingen kann. Dafür müssen vom Land deutlich mehr Mittel für die Stadt Köln zur Verfügung gestellt werden.

### Die Grünen

Die größte Herausforderung besteht in einer Schulentwicklungsplanung, durch die jedes Kind/jeder Jugendliche mit besonderem Förderbedarf die Chance erhält, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen. Sowohl von den personellen wie den baulichen Voraussetzungen her ist das nur denkbar, wenn man Schwerpunkte für den verschiedenen Förderbedarf bildet. Diese Schwerpunktschulen müssen sowohl räumlich sinnvoll über die Stadt verteilt werden wie auch alle Schulformen umfassen. Diese Schwerpunktschulen sind sowohl in der baulichen Ausstattung wie auch was die personellen Ressourcen anbelangt zu bevorzugen. Letzteres enthält auch eine verstärkt durch die Stadt bereitzustellende Fortbildung für die Kollegen und Kolleginnen. Diesem anspruchsvollen Ausbau der Inklusion entspricht auf der anderen Seite der schwierige Abbau von Schülerplätzen in den Förderschulen. Nur wenn beide Prozesse Hand in Hand gehen, gibt es die Chance, dass die Inklusion in den Regelschulen über genügend kompetentes Personal verfügt.

### Linke

Die Barrierefreiheit in den Schulbauten muss einmalig hergestellt werden. Entscheidend für den Erfolg der Inklusion wird aber die Ausstattung mit Personal sein. Ohne gute individuelle Förderung gelingt keine Inklusion. Individuelle Förderung kann aber nicht geleistet werden,

wenn größtenteils – wie bisher – ein/-e Lehrer/-in anwesend ist. Auf die unzureichende Lehrbesetzung hat die Kommune leider keinen Einfluss, aber auf Schulsozialarbeiter. Hier muss Köln notfalls ohne Unterstützung des Bundes die 94 Schulsozialarbeiter/-innen, die bisher aus den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets bezahlt wurden, kommunal weiter finanzieren. Neben der Personalstärke ist auch das Aus- und Weiterbildungsniveau entscheidend. Für die Heliosschule hat sich DIE LINKE vehement eingesetzt. Sie wird eine wichtige Rolle in der Lehrerausbildung im Hinblick auf Inklusion spielen. Die Stadt trägt die Kosten für Erwerb des Grundstücks und Schulbau.

## **2. Was wollen Sie tun, damit Inklusion mehr ist als gemeinsamer Unterricht?**

### **SPD**

Zur Umsetzung des Inklusionsgedankens in der Bildung brauchen wir sowohl bei den personellen als auch bei den sächlichen Ressourcen dringend die Unterstützung des Landes. Darüber hinaus werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten lokale Unterstützung leisten. Deshalb fördern wir Projekte wie die Inklusive Universitätsschule Ehrenfeld. Wir erwarten zudem vom Land, dass die besonderen Bedingungen und Initiativen einer Großstadt berücksichtigt werden. Wir unterstützen den Aufbau eines regionalen, stadtbezirksbezogenen „Unterstützungsnetzwerks Inklusive Schule“ (UNIS).

### **CDU**

Ausgehend von den Bedürfnissen des Kindes müssen Eltern nach einer qualifizierten Beratung zwischen einem Platz an einer geeigneten Regelschule oder Förderschule wählen können. Wir setzen weiterhin auf den Fortbestand der Förderschulen mit ihren spezifischen Fördermöglichkeiten und ihren langjährigen Erfahrungen. Der Weg zur Inklusion darf nicht zur Ideologie werden, welche die Verantwortlichen und die Kinder innerhalb des bestehenden Systems überfordert und polarisiert. Wir setzen uns dafür ein, die Unterschiedlichkeiten in Art und Grad der Behinderungen zu erkennen und zu respektieren. Wir orientieren uns bei der Wahl der Schule am Wohl jedes einzelnen Kindes, seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Entwicklungsperspektive, den Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl des jungen Menschen, die familiäre Umsorge der Behinderten sowie an der fachliche Kompetenz und der Verantwortung aller Beteiligten. Wir setzen auf das Zusammenwirken aller Schulformen und aller am pädagogischen Prozess Beteiligten.

### **Die Grünen**

Damit Inklusion mehr ist als gemeinsamer Unterricht muss die gesellschaftliche Akzeptanz der Inklusion verbessert werden. Dazu bedarf es vor allem der Verbreitung von Beispielen gelingender Inklusion, den so genannten best-practise-Beispielen. Dies kann die Stadt durch Information und Fortbildung fördern. Genauso wichtig aber ist der Erhalt bzw. Ausbau von Schulsozialarbeit und schulpsychologischem Dienst. Nicht zu vergessen ist der Aufbau einer verbesserten Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen durch Veränderung der universitären Ausbildung. Dazu leistet Köln z.B. einen großen Beitrag durch die Errichtung der Inklusiven Universitätsschule auf dem Heliosgelände.

### **Linke**

DIE LINKE tritt den Tendenzen in unserer Gesellschaft entgegen, Menschen auszusortieren, sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres sozialen Status oder ihres Unvermögens, bestimmte Leistungen zu erbringen. Echte Inklusion kann nur verwirklicht werden, wenn es gesellschaftlicher und institutioneller Mainstream ist, dass Kinder und später auch Erwachsene den gleichen Respekt verdienen, auch wenn die einen scheinbar weniger „leisten“. Das sollte die Schule nicht nur auf Seite der Kinder, sondern auch aufseiten der Beschäftigten widerspiegeln. Heterogenes Personal umfasst neben multiprofessionellen Teams, auch aus den Reihen der Jugendhilfeträger, Männer und Frauen, Alte und Junge, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und auch behinderte Menschen.

# Wahlprüfsteine Flüchtlingspolitik

## Wahlprüfsteine der Kölner LIGA der Wohlfahrtsverbände und die Stellungnahmen der Parteien zur Kommunal- und Integrationsratswahl Köln 2014

<http://www.koelner-gestalten-zukunft.de/> (16.5.2014)

### Sicht der LIGA

Die Stadt ist zuständig für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Ort und Art der Unterbringung haben großen Einfluss, ob und wie die Kölner Bevölkerung die neuen Nachbarn akzeptiert. Integration gelingt eher, wenn Flüchtlinge und Asylbewerber dezentral in Sozialwohnungen und nicht in Gemeinschaftsunterkünften sowie über das gesamte Stadtgebiet verteilt untergebracht werden. Neben der Quantität und Qualität der Unterbringung ist eine Willkommens- und Anerkennungskultur für Migranten wichtig.

## 1. Wie kann die Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften deutlich verbessert werden?

### Cdu

Die Stadt Köln ist verpflichtet, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass sie menschenwürdig untergebracht werden. Hierzu gehört eine Betreuung, die auch dazu beiträgt, Spannungen im Wohnumfeld zu reduzieren. Zudem muss klar sein, dass es sich für dauerhaft geduldete Flüchtlinge bei der Unterbringung in Flüchtlingsheimen nur um Zwischenlösungen handeln kann. Die Unterbringung bedarf transparenter Kriterien bei der Standortauswahl. Einzelne Stadtteile dürfen nicht überbelastet werden. Wenn Unterbringungen durch kurzfristige Anmietungen notwendig werden, ist die Wohnbevölkerung im betroffenen Stadtteil zeitnah zu informieren und Ansprechpartner für eine Begleitung und Ansprache bei Problemen sind zur Verfügung zu stellen. Für alle Einrichtungen werden entsprechend einem Stellenschlüssel Sozialarbeiter bzw. -pädagogen eingestellt. Darüber hinaus werden an den Standorten Integrationsmaßnahmen angeboten. Eine Verbesserung kann nur über weitere Maßnahmen aus der jeweiligen Gemeinde – durch Vereine, Kirchengemeinden u. a. – erfolgen.

### Spd

Sozialdemokraten unterstützen die Bemühungen der Stadtverwaltung, für Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine qualifizierte Begleitung zur Integration zu gewährleisten. Dabei bleiben die vom Rat bereits 2004 beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen eine verbindliche Zielvorgabe. Für Flüchtlingskinder sollten spezielle altersgerechte Betreuungsangebote vorgehalten und Maßnahmen zur Freizeitgestaltung angeboten werden. Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter sollten zügig und wohnortnah einer Bildungseinrichtung zugewiesen werden. Nur das schnelle Erlernen der deutschen Sprache und der Kontakt zu Gleichaltrigen eröffnen den Betroffenen ausreichend Bildungs- und Zukunftschancen. Für diesen Zweck sind ausreichende Raum- und Lehrerkapazitäten bereitzustellen. Mit Ratsbeschluss vom 01.02.14 haben wir die Verwaltung gemeinsam mit der Bezirksregierung und den betroffenen Schulleitungen aufgefordert, über geeignete Maßnahmen für eine schulische Versorgung der Flüchtlingskinder zu beraten, und diese zu beschließen und umzusetzen. Weiterhin fördern niedrigschwellige Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit die soziale und kulturelle Integration. Das können außerschulische oder schulbegleitende Angebote (z. B. Stadtteilerkundung), kulturspezifische Angebote (Musik, Tanz), Sport- und Vereinsangebote oder Angebote im Bereich informelle Bildung (Sozialisation, Umgangsregeln, Alltagskultur etc.) sein. Gleichzeitig ist die Arbeit von Vereinen und ehrenamtlichen Initiativen, die Flüchtlinge betreuen und sie bei der Integration unterstützen, zu stärken.

## **Grüne**

Durch Ausbau und Förderung der MentorInnenprogramme sowie dem Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche PatInnen! Hierbei handelt es sich um niedrigschwellige Angebote, die sehr gute Erfolge zur Integration zeigen. Eine große Rolle spielen ebenfalls die zahlreichen Nachbarschaftsinitiativen im Umkreis von Flüchtlingswohnungen, die Musterbeispiele für eine gelungene „Willkommenskultur“ sind.

## **Linke**

Für die Betreuungsangebote in der Herkulesstrasse muss die Stadt deutlich mehr Geld bereitstellen. Die von ihr angestrebte Betreuungsqualität kann nicht über Arbeitszeiten von 3,5 Stunden am Tag und einen Bruttostundenlohn von 15 Euro gewährleistet werden. Für alle anderen Kinder und Jugendlichen gilt es, sie aus den Unterkünften hinaus in die Stadt zu holen. Das soll ein frühzeitiger Kita- und Schulbesuch gewährleisten, aber auch Freizeitangebote von Vereinen und Jugendeinrichtungen, die u. a. über das Bildungspaket finanziert werden können. Hier fordert DIE LINKE mehr Unterstützung der Betroffenen bei der Antragstellung.

## **2. Was trägt Ihre Partei dazu bei, dass sich Flüchtlinge in Köln anerkannt und willkommen fühlen?**

### **CDU**

Zu einem „willkommen fühlen“ gehört zunächst einmal eine Willkommenskultur. Das ist einer der zentralen Kritikpunkte an der aktuellen Standortbenennung der Verwaltung. Wie soll eine Willkommenskultur vor Ort entstehen, wenn die Anwohner aus der Zeitung erfahren, dass in unmittelbarer Nachbarschaft Flüchtlinge untergebracht werden. Die zahlreichen Zuschriften hierzu belegen dies eindeutig. Daher hat die CDU die Vorschläge der Verwaltung für Standorte abgelehnt. Wir fordern eine Bürgerbeteiligung vor Festlegung der Standorte, so wie es in anderen Städten gemacht wurde. Die Standorte sind dabei in einem transparenten Verfahren zu bewerten und zu kommunizieren. Wir trauen dem Bürger vor Ort zu, im Rahmen einer Mediation Standortlösungen selbst zu erarbeiten. Wenn alle relevanten Gruppen in diesen Prozess eingebunden sind kann auch so etwas wie Willkommenskultur entstehen.

### **SPD**

Wir danken den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die mit hohem Engagement für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge arbeiten. Hier sind vor allem die beteiligten Träger der Wohlfahrtspflege und der sozialen Dienste hervorzuheben und in ihrer Nachbarschaftsarbeit vor Ort zu unterstützen.

### **Grüne**

Die GRÜNEN haben dazu beigetragen, dass Einwanderer und Flüchtlinge in dieser Stadt willkommen sind. Rechte Hetze gegen diese Migration wurde in einzelnen Stadtteilen, in denen Flüchtlingsheime existieren, erfolgreich zurückgewiesen. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass in Köln vor allem der Umgang mit Flüchtlingen an humanen Standards orientiert ist. Es existiert ein Ratsbeschluss zur Flüchtlingsfrage, der auch Mittel für die nächsten Jahre vorsieht. Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen kümmert sich erfolgreich um die Durchsetzung der vom Rat beschlossenen „Leitlinien“, Flüchtlinge möglichst schnell in Wohnungen unterzubringen. Der Aufenthalt in den Heimen wurde verkürzt und neue Heime mit abgeschlossenen Wohneinheiten wurden geplant und gebaut. Im Bereich des Aufenthaltsrechtes hat es zahlreiche Umwandlungen von bisher erschreckend langen Duldungen in verfestigte Aufenthaltstitel gegeben, unter anderem durch die Arbeit der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“. Davon haben auch zahlreiche Roma-Familien profitiert. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen halten wir GRÜNE an unserer Politik des Flüchtlingsschutzes und der Wahrung der Menschenrechte fest. Seit 20 Jahren haben wir GRÜNE erfolgreich dafür gekämpft, dass „Abschottung“ in Köln keine Mehrheit mehr findet. Die GRÜNEN setzen die

bewährte Linie fort, verbesserte Bleibe- und Aufenthaltsrechte mit humanen Unterbringungsstandards eng zu verknüpfen. Dazu müssen auch neue Wohnanlagen gebaut und die großen Wohnungsbaugesellschaften einbezogen werden. Die GRÜNEN achten weiterhin darauf, dass die erkämpfte humane Kölner Flüchtlingspolitik auch bei steigenden Zahlen nicht durch Ausnahmeregelungen unterhöhlt wird. Die Planung und Realisierung weiterer dezentral gelegener Wohnungen für Flüchtlinge muss energisch fortgesetzt werden, die Betreuung soll intensiviert werden. Dabei wollen wir GRÜNE auch das deutliche ehrenamtliche Engagement von Teilen der Kölner Bevölkerung einbeziehen. Die wichtige Arbeit der unabhängigen Flüchtlingsberatungsstelle, des interkulturellen Flüchtlingszentrums und ähnlicher Hilfseinrichtungen wollen wir GRÜNE auch in Zukunft sicherstellen und ausbauen. Die Standards bei der Behandlung und Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge soll verbessert werden und die städtische Unterstützung für „Menschen ohne Papiere“ fortgesetzt werden. Die von den GRÜNEN mit initiierte „Infostelle gegen Rechts“ wollen wir GRÜNE ebenso wie das NS- Dokumentationszentrum stärker unterstützen. Beide leisten wertvolle Arbeit, um rechtsextremem und rassistischem Gedankengut aktiv entgegen zu wirken.

### **Linke**

Vertreter unserer Partei haben immer und überall vorbehaltlos für die Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte gestimmt. Unsere Stadtratsfraktion hat die Verwaltung gedrängt, Containerunterkünfte nicht mit Billigcontainern zu errichten, sondern dafür gesorgt, dass die Container abgeschlossene Wohnungen mit eigener Küche und Bad beinhalten und so verkleidet werden, dass sie wie Mehrfamilienhäuser aussehen und sich so nicht von der Nachbarschaft unterscheiden. Sie können aber natürlich nur eine Übergangslösung sein. Der Bau von festen Wohneinheiten darf nicht zum Erliegen kommen. Wir haben uns mit einem Antrag dafür eingesetzt, dass das Engagement von Nachbarschaftsinitiativen seitens der Stadt anerkannt wird und durch zwei neu einzurichtende Stellen Unterstützung erfährt. Außerdem sollte ein/-e Ombudsmann/-frau installiert werden. Wir DIE LINKE –unterstützen „Kein Veedel für Rassismus“ und Stadtteilinitiativen wie „Schäl Sick gegen Rassismus“. Viele von uns arbeiten dort mit.